24.10.2020

DR. HUBERTUS KNABE

DDR: Krise der Umwelt

Die Umweltsituation in der DDR war in linken Kreisen der alten Bundesrepublik nur selten ein Thema – obwohl ein Teil der ostdeutschen Emissionen auch Westdeutschland belasteten. Oft wurde stattdessen die Überzeugung vertreten, dass im Sozialismus die Umwelt grundsätzlich besser geschützt sei, weil der wirtschaftliche Zwang zur Profitmaximierung fehle. Die Wirklichkeit in der DDR lehrte einen freilich eines besseren. Gleichwohl war es eine seltene Ausnahme, dass das Sozialistische Osteuropakomitee 1980 ein Themenheft der Umweltsituation in den sozialistischen Staaten widmete. Da das Komitee vom Staatssicherheitsdienst als „Feindorganisation" betrachtet wurde, erschien der Text, der Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR beschreibt, unter dem Pseudonym Vinzenz Schmidt.

In: Sozialistisches Osteuropakomitee, Info Nr. 42, Oktober 1980, S. 71-84

VINZENZ SCHMIDT DDR: KRISE DER UMWELT

I. DAS AUSMAß DER BELASTUNGEN

Eigentlich ist es verwunderlich, daß die Umweltsituation in der DDR unter Linken so selten Thema politischer Diskussionen oder wissenschaftlicher Arbeit ist. Dies nicht nur, weil es eine Reihe sehr direkter Zusammenhänge und Folgewirkungen gibt zwischen dem Umgang mit der natürlichen Umwelt in der DDR und unseren eigenen Lebensbedingungen (Zum Beispiel die Werra-Versalzung oder die Errichtung von DDR-Kernenergie-Anlagen in unmittelbarer Grenznähe), sondern auch weil uns in Diskussionen mit DKP-Vertretern aus der Ökologiebewegung oder in der Verarbeitung theoretischer Positionen aus der DDR zu diesem Thema oft fundiertere Argumentationen fehlen, die das behauptete Ende der Ökologie-Problematik in den Gesellschaften des "real existierenden Sozialismus" glaubhaft widerlegen können. Gerade wer die Bedeutung der wirtschaftlichen Zwänge zu Profitmaximierung, Produktivitätszuwachs und internationaler Konkurrenzfähigkeit im Kapitalismus kennt, hat Schwierigkeiten, die Logik herauszufinden, mit der in jenen Staaten, in denen diese ökonomischen Entwicklungsmechanismen nicht oder zumindest nicht so gelten, das Verhältnis zur natürlichen Umwelt geregelt wird.

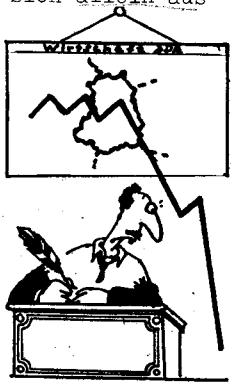
Die "Überlegenheit" sozialistischer Staaten

Die Andersartigkeit der politischen und ökonomischen Strukturen in den osteuropäischen Ländern ist es auch, mit der diese ihre "Überlegenheit auch in der Sicherung optimaler Umweltbedingungen" begründen. Harry Nick, Forschungsbereichleiter am Institut für Politische Ökonomie des Sozialismus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, schreibt beispielsweise in der Einheit 7/79 unter der Überschrift"Mensch und Umwelt": "Erstens hat das kapitalistische Privateigentum die Tendenz, Gratisabgaben der Natur rücksichtslos auszubeuten; dies gilt auch für solche Faktoren, die zwar der Gesellschaft, nicht aber dem Einzelkapital Kosten verursachen. Und dazu gehört neben dem arbeitenden Menschen vor allem die natürliche Umwelt... Zweitens stehen kapitalistische Produktionsverhältnisse rationellen Beziehungen zwischen Natur und Mensch deshalb entgegen, weil die Profitwirtschaft immer auf den nächstliegenden Vorteil orientiert ist, ein umweltschonendes Wirtschaftswachstum dagegen eine bewußte Beachtung vor allem auch der Fernwirkung unserer Eingriffe in die Natur voraussetzt." (1)

Den westlichen Kritikern dieses Raubbaus an der Natur wird darum auch bescheinigt, wesentliche Erscheinungen beim Namen genannt zu haben, zugleich aber einem bürgerlichen Fortschritts- und Wachstumspessimismus verfallen zu sein, der nicht erkenne, daß unter anderen Bedingungen der Fortschritt nicht länger gegen, sondern für den Menschen wirke. Die beschriebenen kapitalistischen Mechanismen seien unter sozialistischen Bedingungen endgültig außer Kraft gesetzt und die "Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes überhaupt das objektive Ziel der Produktion"(2) geworden; die natürlichen Ressourcen würden nun mit den Mitteln des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ständig erweitert und der Umweltschutz zu einem Teil der bewußten Gestaltung der Zukunft.
Daß es dabei selbst bei einem derartigen Verständnis von den politischen und ökonomischen Strukturen in Osteuropa widersprüchliche Interessen geben muß, die gegeneinander abgewogen und entschieden werden müssen, nennt der Text nicht, doch gibt es dazu einen Hinweis an anderer Stelle. Auch die Umgestaltung in der DDR, so heißt es in einem älteren Beitrag (3), sei ein "widerspruchsvoller Prozeß", der im wesentlichen zwischen Produktion und Konsum, sowie zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen auftrete. Doch hierbei handle es sich um einen "Widerspruch in einem qualitativ höherem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung", weil umweltfreundliche wissentschaftlich-technische Lösungen, die erheblichen materiellen Aufwand erforderten, "in optimaler Weise" mit der "schnellstmöglichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Nationaleinkommens" verbunden werden könnten.(4)
Mit dieser These kann man sich auf zweierlei Weise auseinandersetzen: Empirisches Material zusammentragen und Beweise dafür finden, daß die skizzierten Interessengegensätze in der DDR tatsächlich nicht "in optimaler Weise" in einer Produktionsweise aufgelöst sind, die menschlichen und natürlichen Bedürfnisse weitgehend Rechnung trägt, oder den gleichen Beweis mit politischen Kategorien antreten und weitergehend festzustellen, daß die gesellschaftlichen Strukturen des "real existierenden Sozialismus" eine solche Entwicklung möglicherweise auch niemals zulassen würden. Hier einige empirische Aspekte.(5)

Strukturen herrschafts-industrieller Großproduktion (6)

Mit den Maßstäben bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft gemessen ist die DDR in den 30 Jahren ihres Bestehens unter die zehn leistungsstärksten Industrienationen der Erde gelangt. Entscheidend für diese Einordnung ist dabei die stetige Steigerung ihres ausgewiesenen Nationaleinkommens (in etwa mit dem Bruttosozialprodukt vergleichbar), an dem die Industrie einen immer größer werdenden Anteil hat (1950: 53,1%, 1975: 72,6%), während derjenige der Land- und Forstwirtschaft gleichermaßen kontinuierlich zurückgegangen ist (von 28,4% auf 10,4%). Doch schon dieser Maßstab ist einer, der optimale Entwicklungsbedingungen des Menschen und seiner Umwelt gar nicht ausdrücken kann, weil er sich allein aus den verbuchten Leistungen des produzierenden Bereichs definiert; er schließt nicht nur die Leistungen der nichtproduzierenden Bereiche (vor allem das Gesundheitswesen und Verwaltungseinrichtungen) aus, sondern gibt ähnlich wie der westliche Begriff des Bruttosozialproduktes vor allem keinerlei Auskunft über Sinn, Qualität und Kosten einer solchen Leistung, -d.h. das Ernteergebnis eines Weizenfeldes wird genauso berechnet wie der Bau eines Atomkraftwerkes, eines Chemiewerkes oder die Rodung von vorhandenem Waldbestand, ohne daß festgestellt werden könnte, ob diese Leistungen langfristig tatsächlich produktiv sind für die Gesellschaft.



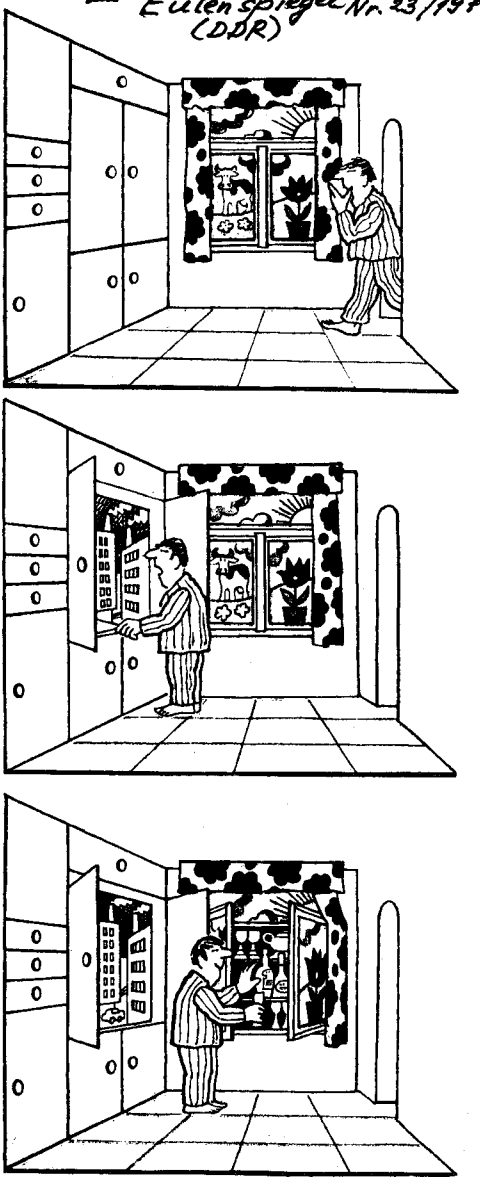
Daß die Steigerung dieser abstrakten Entwicklungskennziffer gewöhnlich auch eine Verschlechterung der Umweltsituation bedingt, liegt daran, daß sich

dabei der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur quantitativ enorm ausweitet und auch qualitativ ein völlig anderes Gesicht annimmt. Ein immer größerer Teil der Naturstoffe wird immer intensiver menschlichen Einflüssen unterworfen.
Am deutlichsten zeigt sich dies in den Industrie- und Ballungsgebieten eines Landes, wo sich die zahlreichen Veränderungen und negativen Folgewirkungen einer solchen Entwicklung addieren, ja, in einigen Fällen sogar multiplizieren können. In der DDR davon betroffen sind Berlin, Halle-Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt sowie Rostock und Magdeburg, deren Bevölkerungsdichte mit Ausnahme Berlins nur geringfügig um 460 Einwohner pro km^2 (EW/Km^2) schwankt. Damit liegt die DDR im Vergleich zur BRD noch relativ günstig (NRW: 508 EW/km^2, in den Ballungsgebieten sogar 4.000EW/km^2), doch hält man die Ballungsgebiete für eine "gesellschaftlich besonders günstige Gebietskategorie" mit "überdurchschnittliche(n) Produktionsergebisse(n) im Hinblick auf die eingesetzten Mittel"(7) und hat sie zu Investitionsschwerpunkten des Volkswirtschaftsplanes und des Wohnungsbauprogramms gemacht.
Die Folge der zentralen Ballung von Industrie, Menschen und Verkehr unter großindustriellen Produktionsbedingungen ist, daß es hier zu einer kaum ausreichend erforschten bzw. die Gesundheit des Menschen nachweisbar schädigenden Verschlechterung der Lebensbedingungen gekommen ist, sodaß selbst von DDR-Wissenschaftlern vereinzelt gemahnt wird, daß die obere kritische Grenze der Ballung in den Städten "bei der Wertung der vielfach alten Bausubstanz und der mit ihr einhergehenden Probleme vielleicht näher (ist) als allgemein angenommen wird."(8) Nahezu bei allen Formen industrieller Umweltzerstörung gehören die Ballungsgebiete jedenfalls zu den am schwersten belasteten Gebieten.
Die Industriestruktur der DDR ähnelt der vergleichbarer kapitalistischer Staaten, sowohl was die Proportionen zwischen den Branchen, den Konzentrationsgrad als auch die Produktionstechnologien angeht. Mit ihren Volkswirtschaftsplänen hat die DDR eine Anpassung an internationale Produktionsstrukturen stetig vorangetrieben, zuerst mit dem Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und der Ausweitung der Metallurgie und der Chemie, in den 70er Jahren vor allem mit der Orientierung am internationalen Standard der Produktpalette, deren Qualität und schließlich der Arbeitsproduktivität. Parallel dazu vollzog sich ein bedeutender Prozeß der Konzentration der Produktion, sodaß in den vergangenen 20 Jahren die Zahl der Industriebetriebe von etwa 20 000 auf 6 480 (1977) (9) zurückging und vor allem in der Grundstoffindustrie ähnlich wie in kapitalistischen Ländern die Produktion in wenigen Großbetrieben konzentriert ist. Mehr als 99% der Energie- und Brennstoffproduktion entfällt auf Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten, bei der chemischen Industrie sind es 81%, bei der Metallurgie 95% (10). Diese Betriebe sind vorwiegend im Süden der DDR angesiedelt (z.T. deckungsgleich mit den Bevölkerungsballungen), sodaß in den vier Zentren Karl-Marx-Stadt/Zwickau, Dresden, Halle/Leipzig und Berlin auf 15% der Landesfläche die Hälfte der gesamten Industrieproduktion der DDR konzentriert ist. (11) Regional und nach einzelnen Industriebranchen ebenfalls noch einmal stark konzentriert, bilden sich jene Monostrukturen heraus, wie die im Bezirk Halle beispielsweise, die allein 40% der chemischen Produktion der DDR herstellt, und oftmals stehen ganze Ortschaften unter dem Einfluß nur eines Industriewerkes oder - zweiges: So z.B. die Stadt Schwedt (48 000 Einwohner) an der Oder mit ihrem Petrolchemischen Werk, das 8 000 Beschäftigte hat und eine Produktionsleistung von 15 000 Mark pro Minute verzeichnet; so das Örtchen Schkopau im Bezirk Halle, das 1965 nur 5 769 Einwohner zählte und mit den Chemischen Werken Buna den zweitgrößten Industriebetrieb der DDR (1968: 21 000 Beschäftigte) sowie ein Braunkohlekraftwerk beherbergt; so auch das Städtchen Leuna bei Merseburg mit 1969 11 700 Einwohnern und dem größten DDR-Industriebetrieb, Leuna I und Leuna II, die ebenfalls zur chemischen Industrie zählen. Die Umweltsituation sieht entsprechend miserabel aus und viele dieser Gebiete mußten zu Schwerpunkten von Umweltschutzprogrammen gemacht werden.

Zur Technologiestruktur der DDR--Industrie, die für die Umweltsituation ebenso wesentlich ist, läßt sich hier nur soviel sagen: Zum einen ist die Erneuerung der Fertigungsanlagen und Produktionsstätten lange nicht so weit fortgeschritten wie in der Bundesrepublik, und es werden in relativ großem Ausmaß ältere, weniger abgasgeschützte und in der Regel auf Braunkohlebasis arbeitende Anlagen verwendet. 1958 wurde der Aufbau einer petrolchemischen Industrie beschlossen, doch auch hier ist das Innovationstempo weit geringer als in den kapitalistischen Staaten. Diese technologische Verzögerung gilt im übrigen auch für die Umweltschutz--Industrie und deren Produkte. Andererseits hat die DDR zahlreiche Anstrenungen unternommen, um die Verfahrenstechnik und die Fertigungs technik in der industriellen Produktion zu entwickeln (während Transport und Lagerung eher vernachlässigt wurden) und in der Fertigungstechnik seit 1968 den Anteil moderner Verfahren zu erhöhen. Der Rückstand der industriellen Arbeitsproduktivität in der DDR gegenüber der BRD wird in westlichen Schätzungen mit etwa ein Drittel angegeben.

Die Technologie- und Industriestruktur orientiert sich also ausgesprochenermaßen am internationalen Standard und nimmt daher eine Entwicklung, die, oftmals um Jahre verzögert, im wesentlichen identisch ist mit der kapitalistischer Staaten. Diese Tendenz nimmt seit der wirtschaftlichen Öffnung im Westhandel weiter zu, da auf diese Weise einerseits ganze Technologien und Industriewerke aus dem Westen importiert werden können, andererseits die DDR sich gezwungen sieht, eine Produktpalette anzubieten, die auf dem kapitalistischen Weltmarkt konkurrenzfähig ist. An der Weltmarktentwicklung nimmt sie auch über ihre Verflechtungen mit der Sowjetunion teil, die sich vor allem im Rüstungsbereich zu einer ähnlichen ständigen Innovation der Technologien gezwungen sieht wie ihr militärischer Widersacher, die USA, und diese z.T. auch in den zivilen Bereich überführt (Kernenergie). Technologische Weiterentwicklungen sind daher in der DDR bisher niemals strukturell anders gewesen als die kapitalistischen Staaten, sondern stellen eher eine konventionelle Variante ihrer Produkte dar.(Einen Einblick in die Verpflechtung der DDR-Ökonomie mit dem Welthandel und den daraus abgeleiteten selbstgesetzten Maßstab "moderner" Industrieproduktion gibt ein Aufsatz in der DDR-Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft" vgl.Anmerkung 2o)

aus "Eulenspiegel Nr. 23/1974 (DDR)

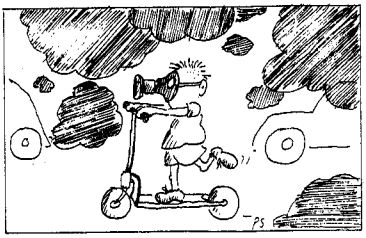


Modernes Wohnen

Generell setzt sich die Umweltbelastung in der DDR zusammen aus einer erheblichen Grundemission durch veraltete und ungeschützte Produktionsanlagen und private Feuerungsanlagen besonders in den traditionellen Ballungen und in unmittelbarer Nähe solcher Betriebe und einer Spitzenbelastung durch industrielle Großwerke, die als Umweltbrennpunkte zwar seit gut zehn Jahren schwerpunktmäßig entschärft wurden, aber dennoch eine enorme Belastung für die jeweilige Region bedeuten, wie die Zahlen für die einzelnen Bereiche der Umweltbelastung demonstrieren.(12)

Bereiche der Umweltbelastung:
Verkehrsproblematik

In verschiedenen Beiträgen der letzten Jahren ist daraufhingewiesen worden, welch enger Zusammenhang zwischen einer herrschafts-industriellen Produktionsweise und dem Ausmaß und den Formen individueller Mobilität besteht, die zu einem gigantischen Verschleiß von Arbeitskraft, Gütern und natürlicher Umwelt beigetragen haben. Der Kraftverkehr in der DDR hat bislang nicht das Ausmaß wie in der BRD erreicht, er nimmt aber ständig zu und ist aufgrund seiner Besonderheiten eine wesentliche Quelle ökologischer Belastungen.
Der PKW-Bestand ist seit 1955 auf das 30fache gestiegen (1977:2.2236.702 (13)); und statistisch kommt heute auf jeden sechs- bis Siebten ein Fahrzeug(Taxis, Miet- und betriebliche Wagen eingeschlossen), bzw. auf Tausend Menschen rund 170 Fahrzeuge. In der Bundesrepublik wurden 1977 20.020.000 PKW gezählt, rund 340 Fahrzeuge auf Tausend Personen, also das doppelte Bestand. Obwohl der Mangel an Produktions- und Wartungskapazitäten den PKW-Bestand in der DDR heute noch relativ gering halten, nimmt das Auto als nahezu wichtigster unerfüllter Konsumwunsch auf der einen und als soziales Befriedigungsmittel auf der anderen Seite einen zentralen Stellenwert ein, und als Erwartungsmuster für eine mögliche Sättigungsmotorisierung" in der DDRwird immerhin ein Verhältnis von 400 KFZ auf 1.000 Personen genannt.(14) Der Kraftfahrzeuganteil an der täglichen Mobilität soll danach auf mindestens 180% des Wertes von 1972 gesteigert werden, der des öffentlichen Nahverkehrs und der Fußwege aber auf 75% des damaligen Ist-Zustandes sinken.(15)
Zu den Belastungen durch den Autoverkehr zählen vor allem die Blei-Imissionen, die in der DDR während der Verkehrsspitzen bereits hochgefährliche Konzentrationen annehmen. Gemessen an der als ungefährlich angesehenen "Maximalen Imissionskonzentration (MIK)" von 0,7 µg liegen die Werte (aus den bereits Ende der 60er Jahre durchgeführten Messungen) der meisten Großstädte fast alle über der zulässigen Höchstgrenze (16): Berlin - 0,4 µg (Mittel) und 3,75 µg (Spitze), Magdeburg -0,7 µg und 5,7 µg und in unmittelbarer Nähe von Verkehrsstraßen sieht das Bild noch schlechter aus: Berlin - 2,6 µg (Mittel) und 10,3 µg (Spitze), Magdeburg - 2,9 µg und 5,7 µg, Leipzig - 0,9 µg und 1,9 µg, bzw. 2,4 µg und 5,4 µg während der Messezeit.



Bei Kohlenmonoxid ergaben sich ebenfalls weitgehende Überschreitungen der Grenzwerte (17), und meßbare Konzentrationen des hochgiftigen, weil krebserzeugenden Benzpyrens wurden gleichermaßen in zahlreichen Bodenproben gefunden. (18)
Erschwerend kommt auch hier in der DDR die technische Überalterung der Fahrzeuge zum Tragen, die mangels moderner Verbrennungstechnologie und eines funktionierenden Wartungsapparates oft katastrophale Abgaswerte vorweisen. Die vielfach verwendeten Zweitakter (z.B. Trabant) geben zudem mehr als Viertakter unverbrannte Benzinanteile und einen regelrechten Ölnebel an die Umwelt ab, das DDR Benzin hat außerdem einen höherem Bleianteil als das der BRD. Weil der Straßenbau mit dem schnellen Zuwachs an KFZ nicht Schritt halten konnte (1976 hatten die gebauten Autobahnkilometer gegenüber 1960 nur um 200 zugenommen, in der BRD

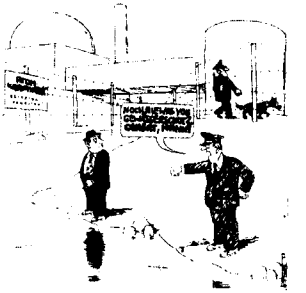
dagegen um über 3.ooo km), kann der Verkehr häufig nicht richtig abfliessen, werden Staus und häufiges Abbremsen und Beschleunigen zu neuen Belastungsquellen.

Luftverunreinigung durch Industrie und Haushalte

Die Folgen ständiger Fremdstoffableitung in die Athmosphäre sind bekannt: Direkt oder angereichert über komplexe Nahrungsketten gelangen sie in den Körper des Menschen und können dort Wachstumsstörungen, größere Bronchitisanfälligkeit (in der DDR nachgewiesen) (19), Herz- und Kreislauferkrankungen und bösartige Geschwülste hervorrufen, sie schädigen Tiere und Pflanzen, stören die Photosynthese als wichtigste Sauerstoffquelle, erhöhen die klimatische Neigung zur Nebelbildung und sind verantwortlich für weitreichende und heute bereits meßbare thermische Veränderungen, sie schädigen landwirtschaftliche und industrielle Produktion und haben nicht zuletzt Korrosionsschäden zur Folge von in der DDR einer Milliarde Mark im Jahr. (20)
Neben den ausgedehnten Zentren der chemischen und petrolchemischen Produktion (deren Produkte einen Hauptanteil des DDR-Exportes in die Bundesrepublik stellen), gehört vor allem die Energieerzeugung der DDR zu den Hauptverschmutzern, da die heimische Braunkohle, die große Mengen SO_2, Staub und Asche freisetzt, die wichtigste Energiebasis ist: 84,2% der gesamten Elektroenergie stammt aus den zahlreichen Braunkohlekraftwerken, wie beispielsweise das im Braunkohlenkombinat "Schwarze Pumpe", wo täglich etwa 100 000 t Rohbraunkohle verarbeitet werden. Nach Messungen aus dem Jahre 1970 (21) waren im Umkreis von 40 ha nur noch 20% aller Bäume gesund und 10% der Waldbestände bereits vollständig vernichtet. Die SO_2-Emissionen lagen erheblich über dem zulässigen Grenzwert. SO_2, Staubfall und andere Fremdstoffe, deren toxologische Wirkung sich im Zusammentreffen noch erhöht, sammeln sich wiederum vorwiegend in den städtischen Ballungen, wo sie bei bestimmten Wetterlagen eine regelrechte "Dunstglocke" und bei länger anhaltenden Luftstaus Smog-Konzentrationen bilden. Messungen für Berlin (22) ergaben in den sechziger Jahren, daß 23% aller durchschnittlichen Monatswerte des Staubniederschlages über dem Grenzwert lagen, in den schwerbelasteten (Industrie-) Gebieten sogar 50 bis 100% aller Werte. Die SO_2-Konzentrationen schnellen regelmäßig während der Heizperiode in die Höhe (in der DDR heizt man vorwiegend mit Braunkohle) und sie überschritten während der Messungen bei 62% aller Kurzzeitwerte die zulässige Grenze und immerhin bei 7,5% aller Messungen auch die absolute Höchstgrenze. Im Sommer dagegen sind vor allem die Industriegebiete Lichtenberg, Rummelsburg und Schöneweide betroffen. Auch bei den feinen Schwebstaubkonzentrationen wurden die Grenzwerte fast ständig überschritten, in der Heizperiode liegen sie etwa 50% höher als in der heizfreien Zeit. Die Schadstoffbelastung in den Wintermonaten hat im Januar dieses Jahres sogar soweit geführt, daß man im Westteil Berlin Smog-Alarm ausrufen mußte. Dabei erhält Berlin - im Vergleich zu den südlichen Bezirken - von den Autoren der Untersuchung noch das Prädikat "mäßig verunreinigt".

Wasserverschmutzung

Der gigantische Verbrauch von Wasser und dessen Verschmutzung in der großindustriellen Produktionsweise ist auch in den DDR-Instanzen ein Problem, denn geographische Nachteile und wirtschaftspolitische Vernachlässigungen in den 6oer Jahren haben eine spürbare Wasserknappheit in der DDR zur Folge(23).

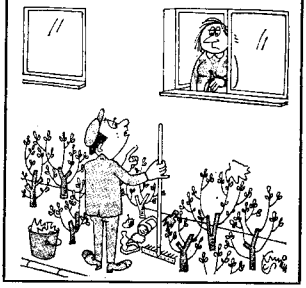


Jeder Liter Wasser wird dort etwa zwei- bis dreimal so häufig genutzt wie in den Nachbarstaaten, und der Bedarf steigt weiter: in der Trinkwasserproduktion (Zuwachs 4% im Jahr), in der Landwirtschaft und in der Industrie, deren Kernkraftwerke, Chemiebetriebe , Metallurgie und Kaliindustrie sowie Zellstoff- und Papiererzeugung enorme Wassermengen verschlingen und die Industrie zum größten Wasserverbraucher machen(70%)

Gewässerverschmutzung konkret: Nur noch etwa 17% der DDR-Gewässer können gegenwärtig mit vertretbarem Aufwand zu Trinkwasser aufbereitet werden(24), zahlreiche Flüsse und Gewässer sind regelrechte Kloaken geworden oder stehen kurz vor dem biologischen Tod durch "Umkippen" (Sauerstoffmangel), sodaß selbst DDR-Wassersportler erklärten, diese könnten von ihnen z.T. nicht mehr befahren werden. (25) 39,6% der DDR-Gewässer galten 1973 als"unzulässig verunreinigt", 22,8% als "verunreinigt", 31,6% als "mäßig verunreinigt" und nur 6,3% als sauber (26); großflächige Grundwasserabsenkungen in der Braunkohleindustrie durch den enormen Wasserverbrauch und das Abpumpen der Schächte lassen die Baumkronen braun werden, und die Bergwerke belasten vor allem die Flüsse im Süden des Landes mit ihren Abwässern - die Spree, die Mulde, die Schwarze Elster und besonders die Saale, die allein durch die Schadstoffe der chemischen Industrie im Raum Halle zu einem der gefährdetsten Flüsse der DDR zählt (z.B. ließ das Kunststoffwerk "Buna" jeden Monat 20 000 t giftigen Schlamm in den Fluß gehen, bis eine Kläranlage Abhilfe schaffte) Als hochgradig verunreinigt gelten auch der Flußlauf der Werra, die mit täglich bis zu 40 000 t Salzlauge aus den Thüringschen Kaliwerken belastet wird (27), die Pleiße bei Leipzig, die Elbe bei Magdeburg, die Unstrut und die Weiße Elster sowie zahlreiche andere Gewässer wie beispielsweise der Schweriner See, der bis 1974 mit täglich 25 000 m³ Abwässer, 155 t Phosphat und 475 t Stickstoff belastet wurde. Bleibt schließlich noch die Ostsee, die, weil sie relativ abgeschlossen und flach ist, die wachsenden Müll- und Abwassermengen sowie die steigende Radioaktivität nicht mehr ausreichend abbauen kann. Sogenannte Stagnationsperioden in den Tiefengewässern werden häufiger, in denen "ozeanische Einöden" entstehen und vorübergehend dort weder Fische noch Plankton noch Bodentiere leben können. (28) Jährlich gelangen in das Gewässer rund 10 000 t Erdöl sowie Quecksilberverbindungen aus den Abwässern der chemischen und holzverarbeitenden Industrie (bei den Ostseefischen wurden bereits überhöhte Methyl-Quecksilbermengen festgestellt), chlorierte Kohlenwasserstoffe aus dem Pflanzenschutz, schließlich auch Schwermetall-Ionen wie Zink, Kadmium und Blei, die - wegen ihrer Giftigkeit - sich in Millionen Jahren allmählich absetzten und nun erneut in den Naturkreisläufen durcheinandergewirbelt werden.

Umweltbelastungen in anderen Bereichen

Ökologisch folgenschwer sind auch eine Reihe anderer Entwicklungen, die an dieser Stelle jedoch nicht ausführlicher beschrieben werden können:(29) die Schrumpfung der Grünflächen durch die Ausdehnung der Stadt- und Industriezonen und den Braunkohlebergbau (zwischen 1950 und 1970 ein Verlust von ca. 240 000 ha) (30), die enormen Belastungen des Naturhaushaltes der DDR durch den Raubbau an der Kohle (Grundentwässerung, Gewässerverschmutzung, Staubbelastung, verödete Kraterlandschaften und Haldenflächen etc), die Zersiedelung der Landschaft und die Überlastung bzw. Zerstörung ihrer gewachsenen Regulationsmechanismen durch die Errichtung von Industriewerken auf der "grünen Wiese", durch Neubauten, Wochenendhäuser (allein 40 000 im



„Segen Se mal, wann ham Se eijentlich Jeburtstach? Da kann Ihnen die Hausjemeinschaft 'nen Mülleima koofen, damit Se nich jeden Dreck aus'n Fensta werfen!"

(„Berliner Zeitung", Zeichnung: Schmitt)

Bezirk Frankfurt/Oder)(31) sowie den Massentourismus, die Schädigung und Vergiftung des Bodens, des Wassers und der agrarischen Erzeugnisse durch landwirtschaftlichen Raubbau und "die industriemäßige Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte" (32), durch den Einsatz von Bioziden, durch Übermelioration, Ableitung der tierischen Gülle (statt ihrer Nutzung als Dünger) und die breite Verwendung von chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die Zerstörung vielfältiger Ökotope durch weitflächige Grundentwässerung und Gewässerbegradigung, die Belastungen durch Abfall- und Abraummassen in geordneten und wilden Deponien, die Bodenvergiftung und Grundwasserverseuchung mit den verschiedensten Schadstoffen, die Belastung der Menschen durch Lärm in den Produktionsstätten und in der übrigen Zeit, deren - nicht zuletzt volkswirtschaftlich spürbaren - Folgen auch in einigen DDR-Untersuchungen festgehalten sind, (33) die Gefahren schließlich, die von radioaktiven Strahlungsherden in der Isotopenproduktion, in der Medizin, in der Energieversorgung und in der Rüstung ausgehen.

Wedernikow; Krokodil, Nr 10, S. 11. Moskau 1965

"Was würden wir ohne Düngemittel tun"

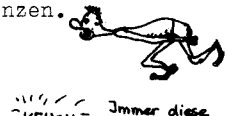
II. DER UMGANG MIT DER UMWELTKRISE

Umweltschutz in der DDR

"Die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums", so der eingangs zitierte DDR-Autor Harry Nick, "sind immer relativ, sie sind durch den jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte bestimmt, und sie wurden vor allem durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik ständig weiter hinausgeschoben ... In dem Maße, wie die Leistungskraft unserer Wirtschaft steigt, werden wir auch mehr z.B. für saubere Luft und saubere Gewässer tun können." (34) Eine Argumentation, die man auch aus der Bundesrepublik kennt, und die deutlich macht, welch pragmatisches Verhältnis die DDR zur Umweltkrise im eigenen Land einnimmt. Nicht die Struktur der Produktivkräfte wird für wesentlich erachtet, und damit die der gesamten Arbeits- und Gesellschaftsorganisation, sondern die ökonomische und technische Machbarkeit bzw. das volkswirtschaftliche Erfordernis, wobei gerade diese Kriterien in Osteuropa fast immer zu Ungunsten des Umweltschutzes wie überhaupt aller infrastrukturellen Aufgaben gewirkt haben. So z.B. während der Aufbaujahre, über die es in einer Umweltbroschüre der DDR heißt: "Zunächst galt es, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung die Produktionsanlagen in Betrieb zu setzen. Dabei mußten solche Aufgaben wie die Reinigung der Abwässer und der Abgase zunächst zurückstehen. (35) Zurückstehen mußten sie fast zwanzig Jahre lang, in denen der Großteil der volkswirtschaftlichen Kapazitäten in den Ausbau einer Produk-

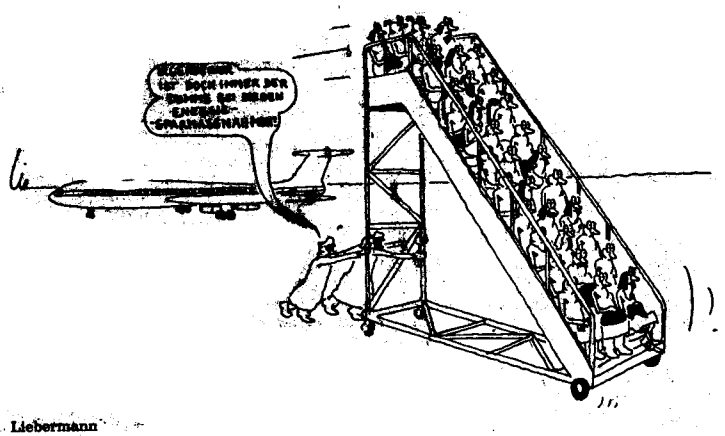
tions- und Technologiestruktur gesteckt wurde, die den Konflikt mit der natürlichen Umwelt massenweise vorprogrammierte. Denn Fortschritt der Produktivkräfte, das hieß für Marxisten und Funktionäre den Vorsprung der kapitalistisch produzierenden Staaten schrittweise zu verringern und deren "Errungenschaften" besser auszunutzen als diese selber durch gesamtstaatliche Planungsstrukturen, - konkret: Menge und Quälität der produzierten Güter ständig zu steigern, "wesentlich größere Ansprüche an die Material- und Energieökonomie, an das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis", wie es Erich Honecker noch einmal in seiner letzten Neujahrsansprache forderte.
Notwendig dazu war eine extensive und intensive Industrialisierung des Landes, die die Produktion in große Einheiten zusammenschmolz, den weitflächigen Abbau und die zentrale Verarbeitung von Rohstoffen ermöglichte, die internationale Arbeitsteilung entwickelte und die Automatisierung und Rationalisierung der Produktion voranbrachte. Unwesentlich und scheinbar sachbestimmt blieb dabei der Charakter der Produktionsweise selber, nämlich welche Arbeitsbedingungen sie für die Produzenten bereitstellt (Nachtarbeit, Schichtsystem, Lärmbelästigung etc.), welche Beziehungen die Menschen in der Produktion untereinander eingehen (arbeitsteilige oder hierarchische), was der Charakter der Tätigkeit selbst ist, ob sie Spaß macht und umfassend ist oder stumpfsinnig und monoton, und schließlich auch, wie sich die Produktionsweise zur Natur verhält: also ob sie nur eine Umwandlung der Naturstoffe vornimmt in Form einer Kreislaufwirtschaft, oder ob sie diese v e r braucht und zerstört, ob sie ein "sanfter" und flexibler Bestandteil innerhalb der vielfältigen ökologischen Beziehungen oder Herrscher und Ausbeuter des Naturhaushaltes ist.

Bereits in den sechziger Jahren mußte man in der DDR erste schwerwiegende Folgen des rücksichtslosen Umgangs mit der Umwelt feststellen (die sich auch in volkswirtschaftlichen Verlusten niederschlugen, beispielsweise in den Kosten für die Gesundheitsfürsorge oder bei den Korrosionsschäden) und es wurden eine Reihe grundsätzlicher Gesetzesverordnungen verabschiedet, (36) die die Umwelt besser schützen sollten. Erste praktische Maßnahmen wurden 1968 mit der Verabschiedung eines Stufenprogrammes zur Reinhaltung der Luft und der Abwasserklärung für den riesigen Chemiebetrieb Leuna bei Halle ergriffen, und 1969/70 dann im Bezirk Halle ein "ökonomisches Experiment" zur Luftverunreinigung durchgeführt, das neun Großbetrieben feste Grenzwerte vorschrieb und deren Übertretung mit entsprechenden Staub- und Abgasgeldern ahndete. 1970 folgte das Landeskulturgesetz und schließlich fand 1971 der Umweltschutz auch in die Beschlüsse des VIII. Parteitages Eingang, der bis 1975 sieben Milliarden Mark zur Verfügung stellte. Seit Anfang der siebziger Jahre wurde auch das gesetzliche Instrumentarium schrittweise weiterentwickelt und verfeinert (1971: Einführung von Abwassergeld, 1973 und 74: verbindliche Staub- und Abgasgelder und im Laufe der Jahre weitere zahlreiche Detailbestimmungen), Messungen und Forschungsprogramme wurden durchgeführt, in vielen Betrieben und Gebieten Schwerpunkt- und Sanierungsprogramme finanziert. Doch das starre Plangefüge und die volkswirtschaftlichen Belastungen durch das weltweite Ansteigen der Energie- und Rohstoffpreise setzen auch dieser Art des Umweltschutzes bald enge Grenzen.



Energie- und Rohstoffkrise

Der Zwang zu Einsparungen wegen der verschlechterten Außenhandelsbedingungen macht sich erstmals im Volkswirtschaftsplan von 1974 bemerkbar, wo (u.a.) statt eines geschlossenen Umweltprogramms nur noch das volkswirtschaftlich Allernötigste wie die Verbesserung der Wasserversorgung und Investitionen für die Bodenmeliorationen (=verbesserungen) vorgesehen sind, und 1976 wird nur noch die stereotype Formulierung verwandet, "planmäßig Maßnahmen für die Reinhaltung der Gewässer, die Nutzung und den Schutz des Bodens, die Reinhaltung der Luft, die Minderung des Lärms sowie die Beseitigung und Verwendung von Siedlungsmüll und industriellen Abfallprodukten durchzuführen." (37)
Angaben über das Volumen der Umweltschutzinvestitionen der DDR gibt es seit diesem Zeitpunkt nicht mehr und der Schwerpunkt liegt auf jenen Maßnahmen, die direkten volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen: Also der Abbau von Lärmbelastung am Arbeitsplatz, die Rekultivierung von 12 500 ha Abbaufläche des Braunkohlenbergbaus bis 1980, die Verbesserung der Wasserwirtschaft, sowie größtmögliche Einsparungen im Energie-, Rohstoff- und Materialverbrauch. Diese Sparsamkeit hat für den DDR-Umwelt-



Liebermann

schutz zwei Seiten: Einerseits wird tatsächlich der Verbrauch und damit die relative Menge der dem Produktionsprozeß zugeleiteten Naturstoffe gesenkt, bzw. in Einzelbereichen ihre Wiederverwendung verstärkt (Altpapier, Schrott, Holzreste, Altöl, etc.); andererseits schrumpfen die volkswirtschaftlichen Kapazitäten für zielgerichtete Investitionen zur Beseitigung von Schadstoffherden sowohl auf betrieblicher wie auf zentraler Ebene (Plan), und langfristige Investitionen ohne direkten und wirtschaftlich spürbaren Nutzeffekt sind schwer durchzusetzen. Die Eingebundenheit schließlich in herrschaftsindustrielle Produktionsstrukturen und härter werdende internationale Konkurrenz schließt auch die Suche nach anderen, sanften Technologien für die DDR-Wirtschaft aus.
Und noch etwas hat die veränderte Energieversorgungslage bewirkt: Statt durch den Import zwar teures, aber immerhin relativ umweltfreundliches

Erdöl oder - gas zu verwenden, greift man in den DDR-Energieplanungen auf heimische Energieressourcen zurück: die schwefelnde Braunkohle und die radioaktive Kernenergie.

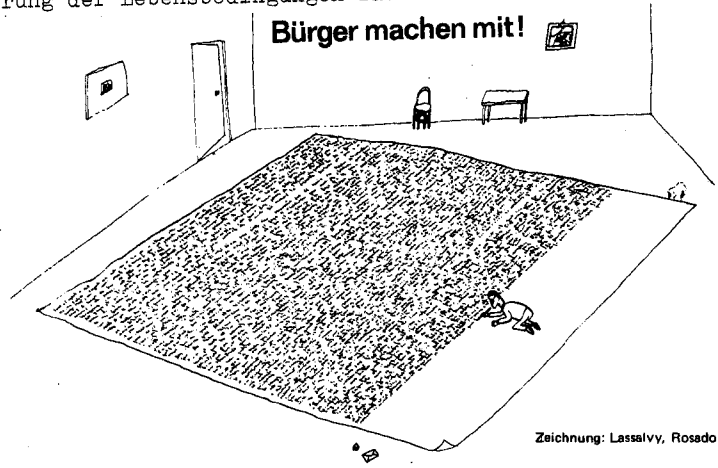
Grenzen des Plans

Neben diesen eher äußeren Grenzen eines wirksamen DDR-Umweltschutzes gibt es andere, innere, die durch den gesamten Wirtschaftsmechanismus eines bürokratischen Plans gesetzt sind. Beispiel Grenzwerte: In der Hochzeit des Umweltschutzes in Osteuropa während des ersten Drittels der siebziger Jahre hat man auch in der DDR weitreichende Grenzwertfestlegungen getroffen, deren Überschreitung durch einzelne Betriebe auch entsprechend geahndet werden sollte. Doch war man sich des Problems bewußt, daß es volkswirtschaftlich weder vertretbar noch durchführbar war, die DDR-Betriebe auch tatsächlich auf diese strengen Grenzbelastungen festzulegen, weil kaum eines der Werke zu dieser Zeit entsprechend ausgerüstet war. So stattete man die zuständigen staatlichen Organe - in der Regel die örtlichen Räte - mit der Kompetenz aus, "durch eine entsprechende Gestaltung der Emissionswerte die schrittweise Realisierung der Immisionsgrenzwerte zu sichern" (38), was de fakto eine Absprache mit dem jeweiligen Betrieb und die gemeinsame Festlegung der Belastungsgrenzen bedeutete. (39) Doch die örtlichen Räte besaßen gegenüber den zentral geleiteten VEB's und Kombinaten offenbar kaum Durchsetzungsvermögen und 1973 wurden deren Befugnisse dahingehend vergrößert, daß die Strafgelder bei Überschreitung der festgelegten Werte von nun an automatisch fällig wurden, und die Kommunen auch Regreßansprüche geltend machen konnten. Doch wiegen mit dem von Jahr zu Jahr enger werdenden Plan die betrieblichen Interessen an Planerfüllung, Material-, Kosten-, und Arbeitskräfteeinsparung überschwer, sodaß selbst dann, wenn die Gelder beispielsweise für einen Abgasfilter über den zentralen Plan kommen, dieser häufig unzureichend oder wie in einem Fall aus Magdeburg völlig ungenutzt bleibt, weil einfach kein Personal zur Verfügung stand, das den Filter hätte regelmäßig reinigen und warten können. Eingespielt hat sich darum bei zahlreichen Betrieben, die Grenzwertüberschreitung und damit die entsprechenden Strafgelder bei der Kostenplanung von vorneherein in Kauf zu nehmen, auch deshalb, weil sie wie eine Art Steuer und nicht progressiv gestaffelt automatisch (allerdings vom Nettogewinn) abgezogen werden. Preis für das Verkippen von einem Kilo ölhaltiger Altemulsion: ganze fünf Mark. (40)
Zudem gibt es kein systematisches Überwachungssystem, da die Betriebe die vorgeschriebenen Messungen selber durchführen sollen. Erst wenn sie nachweisbarer Versäumnisse überführt werden können, kann die Behörde eingreifen - mit den genannten Strafgeldern sowie doppelter Meßgebühr. Selbst bei Beschwerden aus der Bevölkerung müssen (oder wollen) sich die zuständigen Kreishygiene-Inspektionen in der Regel auf die Aussagen der betrieblichen Umweltschutz- und Giftbeauftragten verlassen. Nicht an Institutionen mangelt es also, sondern an Kompetenzen, die so begrenzt sind, daß wirksame Eingriffe in das labile Produktionsgefüge nicht geführt werden können. Und noch etwas macht die DDR-Grenzwertregelung problematisch: Sie gelten nur für die Emittenten, die Schadstoffherde also, aber nicht für eine breite, lufthygienische Verschlechterung in einem Gebiet; und bei Inversionswetterlagen (Smog) sind selbst diese Werte außer Kraft gesetzt (41)
Auch innerhalb der Betriebe verursacht die "organisierte Verantwortungslosigkeit" ein enormes Durchsetzungsdefizit, und der zentrale Einfluß auf das, was die Produzenten in der Praxis leisten, ist begrenzt. Die passive Arbeitsverweigerung trifft eben auch den Umweltschutz und trägt das Gesicht schludrigen Umgangs mit Abfällen und Gift-

stoffen (es gibt Beispiele, wo hochgiftige Lösungen von den Arbeitern der Einfachheit halber in den nahen Fluß gekippt wurden, oder wo die beste Abgasreinigungsanlage nutzlos wurde, weil man in den Produktionshallen die Fenster öffnete), fehlende Arbeitsmotivation bei der Planerfüllung (auch) in punkto Umweltschutz, Material- und Energieverschwendung, sowie der geringe Nutzungsgrad technischer Neuerungen, an dem die bürokratischen Betriebsinstanzen trotz umfangreicher Kampagnen kaum Interesse zeigen.
Auch der Versuch vom Herbst vergangenen Jahres, die Betriebe mit dem zehnfachen Preis für einen ihr Kontingent überschreitenden Energieverbrauch zu bestrafen, dürfte in der Praxis des Plans scheitern. Da man sich keinen Energieentzug auf Kosten des Plans leisten kann, werden die geforderten Energiemengen bereits vor den Planfestlegungen so weit hochgeschraubt, daß die Betriebe den notwendigen Zuwachs "plangemäß" realisieren oder aber die Betriebe schieben den energiewirtschaftlichen Schaden solange in ihren Berechnungen hin und her, daß er für die zentralen Instanzen bei der Planabrechnung nicht mehr wahrnehmbar ist. Konkursmachen schließlich kann ohnehin kein DDR-Betrieb.
Wenn also heute in der DDR über ihre Umweltbedingungen entschieden wird, dann geschieht dies weniger bewußt und zentral gesteuert durch eine politisch führende Avantgarde, sondern eher an vielen Orten, durch die verschiedensten beteiligten Institutionen und durchaus widersprüchlich zueinander. Die Logik ihres Handelns setzt ein Bündel innerer und äußerer Sachzwänge, die auch den Organisatoren einer solchen Produktionsweise immer engere Fesseln umlegen. Ein labiles Produktionsgefüge reguliert sich selbst, nach Prämissen und in Strukturen, die den Raubbau an der Natur fortschreiben.

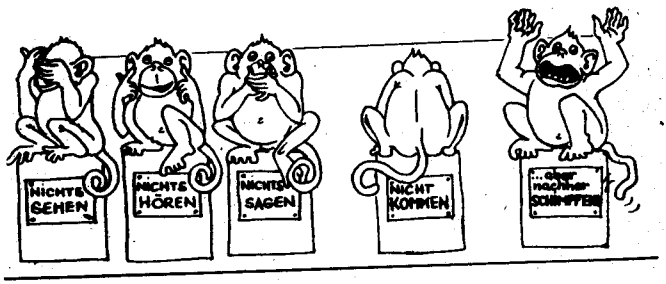
Und eine Ökologiebewegung in der DDR ?

Wieso es in der DDR keine breit wirkende Ökologiebewegung gibt, die die Krise zum Thema macht, weiß jeder zu beurteilen, der die politischen Strukturen und Spielräume gesellschaftlichen Engangements in der DDR kennt. Informationen über das Ausmaß der Belastungen fallen den staatlichen Zensurbehörden zum Opfer und sind selbst in den Fachveröffentlichungen kaum zu finden: (42) kritische Stimmungen scheitern an der breiten individuellen Ohnmachtserfahrung und politischen Resignation; konkretes Engagement außerhalb der loyalen und tolerierten Institutionen werden Opfer der Staatssicherheit. Was bleibt, ist die Kirche, die mit Diskussionen und anderen Aktivitäten in ihrem Rahmen in den letzten Jahren auf das Thema aufmerksam gemacht hat, sowie der halboffizielle Bereich von Film, Kunst und Literatur, aus dem häufiger Kritik an der Verschlechterung der Lebensbedingungen laut wird. Schließlich gibt es auch



Zeichnung: Lassalvy, Rosado

ANMERKUNGEN

1) Harry Nick, Mensch und Umwelt, in: Einheit 7/79, Berlin (Ost) 1979, S. 704
2) ebenda
3) Siegfried Grundmann, Mensch und Umwelt, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 3/73, Berlin (Ost) 1973, S. 205
4) ebenda
5) Zur politischen Kritik der "realsozialistischen" Produktionsweise und ihrer ökonomischen Folgen vgl. Vinzenz Schmidt, Ökologie und Planwirtschaft, in: links Nr. 118, Januar 1980
6) Zu dem Zusammenhang zwischen Technik und Herrschaft vgl. das gleichnamige Buch von Otto Ullrich im Syndikatverlag, ders, Weltniveau, Rotbuchverlag
7) Horst Kohl und Alfred Zimm, Die Ballungsproblematik der DDR in theoretischer Sicht, in: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Reihe Bd. 24, Berlin (Ost) 1975, S.4
8) ebenda
9) DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 1979, S. 516
10) ebenda
11) ebenda
12) Empirisches Zahlenmaterial ist hier aber mit Vorsicht zu genießen, da es einerseits einen mehrmaligen Filter staatlicher Zensur auch bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen durchlaufen muß und die aussagekräftigsten Daten möglicherweise gar nicht mehr enthalten sind (vgl. Anm. 42); zum anderen, weil der größte Teil der veröffentlichten Untersuchungen bereits in den 60er Jahren durchgeführt und dann in der Hochzeit der DDR-Umweltpolitik Anfang der 70er Jahre publiziert worden ist, über neuere Entwicklungen also keine Meßergebnisse vorliegen.
13) Zahlenspiegel, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1978, S.49
14) Walther Christfreund, DDR-Verkehrsbefragung - erste Ergebnisse und Fortführung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden 25, Heft 5/6, Dresden 1976, S. 1293
15) ebenda
16) Die Technik, Heft 1, Berlin (Ost) 1973, S. 39-43. "Mittel" bedeutet arithmetisches Mittel der z.T. in einem Abstand von zwei Stunden gemessenen Einzelwerte, "Spitze" meint den höchsten Tagesmittelwert.
17) Wolfgang Prietsch und Edmund Hünigen, Zur Luftverunreinigung durch KFZ-Abgase in der DDR (Situation und Schlußfolgerung) in: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Reihe, Bd. 19, Berlin (Ost) 1970, S. 539
18) Mensch und Umwelt, Urania-Sonderheft, Leipzig 1973, S.65
19) Horn/Knauer/Lüderitz, Luftreinerhaltung und Gesundheitsschutz in der DDR, Kammer der Technik (Hrsg.), Technik und Umweltschutz, Publ. Nr. 10, S. 121
20) Helmut Koziolek/Hans Stürz, Die weitere Stärkung der Wirtschaftskraft und die Erhöhung der Effektivität, in: Wirtschaftswissenschaft 3/80, Berlin (Ost), 1980, S. 269
21) Herbert Lux, in: KDT (Hrsg.), Technik und Umweltschutz, Publ. Nr. 5 1974, S. 58, zitiert bei: Ilka Nohara-Schnabel, Zur Entwicklung der Umweltpolitik in der DDR, Deutschland-Archiv 8/76, Köln 1976, S. 820
22) Herrmann Kahl, Walter Muschter, Zur lufthygienischen Situation der Hauptstadt der DDR, in: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Reihe Bd. 19, Berlin (Ost) 1970, S. 535
23) Gerhard Kirsch, Wasser - ein kostbares Gut, Schriftenreihe Unsere Brigade, Berlin (Ost) 1979
24) Giudo Thoms, Referat anläßlich des Berg- und Hüttenmännischen Tages der Bergakademie in Freiberg. in: Die Wirtschaft vom 2.8.75, S.2 (Beilage), zitiert bei: Nohara-Schnabel, a.a.O. (Anm. 21)

25) Vgl. Werner Gruhn, Umweltschutz in der DDR, in: Deutschland-Archiv 10/72, Köln 1972, S. 1041
26) J. Pukacz, Gewässerbelastung abbauen - Grundlage guter Wasserversorgung, in: Die Wirtschaft Nr. 16/1974, S. 16
27) vgl. Der Spiegel, Gesalzene Rechnung, Nr.6/80, S. 72
28) Mensch und Umwelt, Urania-Sonderheft, Leipzig 1973, S. 24 ff.
29) ausführlicher zu dem ganzen Komplex 'Umweltkrise in der DDR' mein Beitrag "Umweltkrise und Umweltpolitik in der DDR", in: DPA-Hintergrund, dpa-Archiv/HG 2900 und HG 2901, Hamburg Juni/Juli 1980
30) Urania-Sonderheft, (Anm. 18), S. 16
31) Im August letzten Jahres wurde daraufhin ein Baustop verhängt, der auch entsprechende Vorhaben der volkseigenen Betriebe und Genossenschaften betrifft. Vgl. FR 21.8.79
32) Direktive des IX. Parteitages der SED für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976-1980, in: Protokoll des 9. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976, S. 357
33) Vgl. Manfred Rentzsch, Felduntersuchungen zum Nachweis des Einflusses von Lärm auf Tätigkeitsstruktur und Arbeitsergebnis bei ausgewählten Montagetätigkeiten, in: Wiss. Zeitschrift der TU Dresden 25, Heft 5/6, Dresden 1976, S. 1283 ff.
34) Harry Nick, a.a.O. (Anm. 1), S. 705
35) Urania-Sonderheft, a.a.O., (Anm. 18), S. 35
36) Eine Dokumantation der Gesetzesverordnungen bis 1972 ist im Urania--Sonderheft enthalten (S. 95), eine aktuellere Zusammenfassung findet sich auch in: DPA-Hintergrund 2901, (Anm. 29), S. 4 und S. 7f. bzw. Ilka Nohara-Schnabel, a.a.O., (Anm. 21), S. 812 f., vgl. außerdem Landeskulturgesetz der DDR, Gesetzblatt Teil I Nr. 12, Ausgabetag 28. Mai 1970 und Anordnung zur Begrenzung und Ermittlung von Luftverunreinigungen (Immissionen), Gesetzblatt Teil II Nr. 80, Ausgabetag 25. Juli 1968
37) Direktive des IX. Parteitages ..., a.a.O. (Anm. 32), S.369
38) Ilka Nohara-Schnabel, a.a.O., (Anm. 21), S. 812
39) Wie diese Absprache aussehen soll, beschrieb der Minister für Umweltschutz in: Die Wirtschaft Nr. 30 vom 26.7.1972: "Die Schadensmeldungen dürfen in keinem Fall Konfrontationen auslösen, sondern eine enge kooperative Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Gartenbau, Industrie und Staatsorganen, denn nur in gemeinsamer Arbeit, durch ein harmonisches Zusammenwirken ist eine Lösung aller Fragen im Sinne der Bestimmungen des Landeskulturgesetzes ... zu erzielen".
40) DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesminsiterium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1979, S. 1095 f.
41) Anordnungen zur Begrenzung ..., a.a.O., (Anm. 36), S. 642, IV,4
42) Vgl. dazu: Der Spiegel Nr. 34, August 1980 zur DDR-Wissenschaftspolitik und Der Spiegel Nr. 6/6.2.78 mit Auszügen aus den geheimen Dienstvorschriften für die polnischen Zensurbehörden
43) FAZ 31.3.80